

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES
DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Herausgegeben von

Oberkirchenrat D. Dr. Hermann EHLERS · Präsident des Deutschen Bundestages · Stellvertreter der Vorsitzenden der CDU
und Bundesminister Dr. Robert TILLMANN, MdB · Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der CDU

2. Jahrgang - Nummer 10

Bonn - im Oktober 1954

I N H A L T

AUFGABEN UND GRENZEN DER ZUSAMMENARBEIT DER KONFESSIONEN IN DER POLITIK.....	S. 1
DAS ERGEBNIS VON LONDON.....	S. 6
ERFAHRUNGEN IM WAHLKAMPF IN SCHLESWIG-HOLSTEIN.....	S. 7
KRITISCHES ZU EINER LANDTAGSWAHL.....	S. 10
DAS "HERZ EUROPAS".....	S. 12
"EINHEITSLISTE FÖRDERT CHRISTENTUM".....	S. 14
POLITISCHER QUERSCHNITT.....	S. 14

AUFGABEN UND GRENZEN DER ZUSAMMENARBEIT DER KONFESSIONEN IN DER POLITIK

Der in unserer letzten Ausgabe veröffentlichte Artikel des katholischen Publizisten und Herausgebers der Herder-Korrespondenz, Karl-Heinz Schmidhüs, hat in unserem Leserkreis ein nachhaltiges und in weitem Maße positives Echo ausgelöst. Wir werden daher im Rahmen des uns zur Verfügung stehenden Raumes in den kommenden Ausgaben der "Evangelischen Verantwortung" verschiedene Leserstimmen aus der Reihe der zahlreichen Zuschriften, die uns in diesem Zusammenhang erreicht haben, wiedergeben. Zunächst möchten wir jedoch als weiteren Beitrag zu der uns notwendig und fruchtbar erscheinenden Aussprache unseren Lesern den wichtigsten Abschnitt aus einem Referat nicht vorenthalten, das Bundestagspräsident D. Dr. E h l e r s auf der ersten öffentlichen Veranstaltung des kürzlich gegründeten Evangelischen Arbeitskreises der CDU Bonn-Stadt hielt.

Die Red.

Wenn wir von den Aufgaben und Gefahren der Zusammenarbeit der Konfessionen sprechen, meinen wir zunächst nicht die Situation einer bestimmten Partei, sondern das gesamte politische Leben unseres Volkes. Auch wenn es immer wieder

Redaktion: Hans Strümpfel

Geschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU · Bonn, Görresstraße 40, Ruf: 21131

Druck und Verlag: Bonn, Argelanderstraße 173 · Erscheint monatlich

in Zweifel gezogen wird - aus Gründen, die nur parteitaktisch verständlich sind -, sage ich hier noch einmal, daß es meinen Freunden und mir am Herzen liegt, daß Christen in jeder unserer Parteien ihren Einfluß, nein besser: ihre ihnen von Gott aufgegebenen Verantwortung, wirksam machen. Es wäre ein seltsames Missionsbewußtsein von Christen, wenn sie meinten: sie könnten und sollten sich nur in einer Partei zusammenfinden. Allerdings heißt das nun nicht, daß ich heute und hier den Eindruck hätte, die christliche Verantwortung in ihrer umfassenden Bedeutung würde in unserem parteipolitischen Leben überall gleichmäßig gesehen und verwirklicht. Und weil das nicht oder noch nicht so ist, darum hängt so viel davon ab, daß wir diese Verantwortung auch für das politische Leben unseres Volkes ständig neu sichtbar machen. Sie besteht aber für die Christen beider Konfessionen in jeder Partei; und die Mahnung, die eine evangelische Kirchenleitung vor Jahren anläßlich einer Wahl an ihre Kirchenglieder gerichtet hat, sollte auch heute noch Geltung haben: Jeder Christ sollte seine Partei immer wieder daraufhin prüfen, ob sie ihm erlaubt, in der ganzen Bedeutung dieses Seins in ihr Christ zu sein.

Die Zusammenarbeit der Konfessionen in der Politik hat in den letzten Jahrzehnten mehrere Phasen durchlaufen: Sie ist - daran sollten wir allezeit denken! - stärker geworden in den Jahren der gemeinsamen Bedrohung von Kirche, Glauben und Volk durch den Nationalsozialismus. Das Zusammenrücken in einer Zeit härtesten Kampfes und tödlicher Gefahr ist keine schlechte Ausgangsposition. Ich fürchte jedoch, daß viele Menschen in unserem Volke, aber auch viele Diener der Kirche auf beiden Seiten, diese Situation schon zu sehr vergessen haben und in einem Gefühl zurückgewonnener Sicherheit wieder in den Bereich des Denkens und der Vokabeln einmünden, die früher einmal üblich und hinreichend waren. Darum erscheint uns der immer wiederholte Hinweis auf die Lage unserer Brüder im Osten so notwendig, weil sie auch heute noch in dieser Bedrohung, wahrscheinlich in einer noch schlimmeren, stehen und darum so ganz anders mit den uns beschäftigenden Fragen umgehen, als wir es tun.

In unmittelbarer Nachwirkung der Zeit des Nationalsozialismus fand in Deutschland nach 1945 der Wille zur Zusammenarbeit der Konfessionen im öffentlichen Leben einen starken Auftrieb. Die Gründung und der Erfolg der CDU in überwiegend katholischen und in überwiegend evangelischen Gebieten der Bundesrepublik sind dafür ein beredtes Zeugnis. Wer in den letzten Jahren politisch tätig gewesen ist, weiß, daß überall jede Versammlung stürmisch mitging, wenn auf die Notwendigkeit dieser Zusammenarbeit hingewiesen wurde. Das war erfreulich, und es entspricht bis heute zweifellos einem instinktiv richtigen Gefühl weitester Kreise unseres Volkes. Aber man wird kaum leugnen können, daß solche Zustimmung häufig genug im Instinktiven hängenblieb und sich über die Einzelheiten, über Aufgaben, Schwierigkeiten und Begrenzungen, nicht völlig klar war.

Darum ist es mir eine Genugtuung, daß in den vergangenen Monaten diese Fragen kritischer behandelt worden sind, daß es Schwierigkeiten gibt, die eine Auseinandersetzung geradezu herausfordern, und daß so viele Menschen vor die Probleme in ihrer letzten Tiefe gestellt werden. Die Debatte dieser Tage ist ja nicht nur eine Debatte zwischen evangelischen und katholischen Christen, zwischen katholischen und evangelischen Bischöfen, sondern sie ist vor allem eine Debatte um die Frage, ob es überhaupt eine - um das Wort einmal zu gebrauchen - "christliche Politik" geben kann. Die Meinung, die aus den verschiedenen geistigen und weltanschaulichen Entwicklungen des vorigen Jahrhunderts geboren wurde, daß - so oder so - Religion Privatsache sei, ist keineswegs tot, sondern wird aus ideologischen oder parteipolitischen Gründen mit neuer Intensität vorgetragen. Es geht mir heute nicht um eine Auseinandersetzung mit dieser Meinung im einzelnen, so dringlich sie ist. Es geht mir hier nur um die Feststellung, daß man von dem Verhältnis evangelischer und katholischer Christen im politischen Raum nur dann reden kann, wenn man bereit ist, die Vorfrage nach der Verantwortung des Christen in der Politik positiv zu beantworten.

Theologen und Parteipolitiker sagen uns, es gäbe keine "christliche" Politik, keine "christliche" Partei, keine "christliche" Schule usw. Niemand von diesen Kritikern kommt damit an den Kern der Dinge heran. Ich möchte hier das Beispiel vom christlichen Krankenhaus gebrauchen: Weder in den technischen Einrichtungen, noch insbesondere in der ärztlichen Kunst braucht sich das evangelische oder katholische Krankenhaus von einem neutralen oder kommunalen zu unterscheiden. Und dennoch hängt der ganze Charakter des Hauses davon ab, in welchem Geiste Ärzte und Schwestern ihren Dienst tun - vor allem an Menschen, die in gefährdeter gesundheitlicher und seelischer Lage sind. Will jemand wirklich leugnen, daß man hier von dem christlichen Charakter eines Krankenhauses sprechen kann und muß? Nur darum geht es! Jeder mag zur Kenntnis nehmen, daß uns an der Abstempelung einer Politik, einer Partei, einer Schule als "christlich" gar nichts liegt, sondern daß es uns ausschließlich darauf ankommt, daß die Menschen, die in ihnen tätig sind, den Ruf und das Gebot Gottes für diese ihre spezielle Verantwortung hören und ernst nehmen. Und daß sie das gemeinsam tun wollen - da Christentum immer zur Gemeinde und Gemeinschaft drängt und aus der Isolierung herausführt -, ist ja wohl gar nicht so schwer einzusehen.

Nun aber zur Frage der Zusammenarbeit der Konfessionen im besonderen. Ich kann das eigentlich nicht besser ausdrücken, als es kürzlich ein bekannter katholischer Publizist getan hat, wenn er sagte:

"Es ist ein politisches Bündnis, und wir wollen es mit allen fairen politischen Mitteln pflegen. Dazu gehört, daß wir alles wollen, was dieses Bündnis befestigt, und daß wir, was an uns liegt, alles aus-

schalten, was es unnötig belastet oder stört. Das ist möglich auf Grund einer sorgfältigeren Scheidung der politischen und kirchlichen Sphären, was zweifellos ein Maßhalten klerikaler Einflüsse auf katholischer wie auf evangelischer Seite erfordert. Eine kirchliche Annäherung ist bei der radikal verschiedenen Struktur und Gnadenauffassung keine Voraussetzung für eine politische Zusammenarbeit." (Siehe "Evangelische Verantwortung" Nr. 8/9, 1954, S.6 - Die Red.)

Damit ist eine klare und nüchterne Abgrenzung gegeben, die ich - ohne auf Einzelheiten einzugehen - noch etwas konkretisieren möchte:

Evangelisch-katholische Zusammenarbeit im politischen Raum ist ein förderalistischer Auftrag und keine Integration. Jede Seite muß sich über das Eigenleben der anderen Konfession klar sein. Dabei wäre es eine große Hilfe, wenn jede Seite mehr Mühe daran wenden würde, die andere besser kennen und verstehen zu lernen. Ich fürchte, daß auf beiden Seiten vorgefaßte Meinungen vorhanden sind, die vielleicht um die Jahrhundertwende richtig waren. Keine Seite sollte die legitime, vom Glauben und von der Opferbereitschaft der Kirchenglieder getragene Ausdehnung des kirchlichen Lebens und der Einrichtungen der anderen Konfession unnötig beargwöhnen. Minderwertigkeitskomplexe und die Erkenntnis, daß hier und dort die eine Seite wesentlich mehr Kirchentreu und Bereitschaft zum Opfer aufweist, auch vielleicht mehr Menschen in den kirchlichen Dienst stellen kann, sind keine guten Voraussetzungen für die Zusammenarbeit. Andererseits sollte jede Seite sich darum bemühen, in der Sichtbarmachung ihres Wesens und in der Praxis ihres kirchlichen Handelns um der Achtung der Gewissen willen die mögliche und gebotene Rücksicht auf die andere Seite zu nehmen. Jede Absolutheitsforderung der Kirche sollte ihre Grenze darin finden, daß es eine gemeinsame Taufe und ein gemeinsames Credo für die katholischen und evangelischen Christen gibt. Ich möchte als meine persönliche Meinung hinzufügen, daß es mir heilsam erschiene, wenn wir an irgendeiner Stelle unseres Herzens bereit wären, die Möglichkeit zu unterstellen, daß Gott am Jüngsten Tage durch alle unsere Kirchentümer einen Strich zu machen willens sein könnte.

Da in der Diskussion der letzten Zeit die "Weihe des deutschen Volkes an das unbefleckte Herz Mariens" auf dem Katholikentag in Fulda eine erhebliche Rolle gespielt hat, möchte ich in diesem Zusammenhang zu diesem Beispielfall ein Wort sagen: Niemand wünscht zu verhindern, daß jede Konfession ihrem Glauben lebt und ihn in voller Öffentlichkeit praktiziert. Dem Vorgang, von dem ich hier spreche, kommt man nicht bei, wenn man so tut, als ob man von der katholischen Kirche fordern könne, daß sie nicht mehr katholisch sei. Man kann auch nicht erwarten, daß sie die in den letzten Jahrzehnten in ihr besonders gewachsenen mariologischen Formen ihrer Frömmigkeit nicht pflegt. Die evangelische Kirche wird für ihre Frömmigkeit und die Formen ihres Gottesdienstes den gleichen Anspruch erheben. Sie muß die Respektierung der Tatsache

erwarten, daß ihr die mariologischen Vorstellungen der katholischen Kirche aus Gründen ihres Schriftverständnisses nicht möglich sind.

Es ist daher im beiderseitigen Interesse nicht gut, den Vorgang von Fulda zu verharmlosen. Die evangelischen Christen sind sicher gerufen, die Bedeutung der Vermittlung der Gnade Gottes durch Menschen besser zu durchdenken. Damit nehmen sie auch die Aussagen Luthers und der lutherischen Bekenntnisse über die Bedeutung der Mutter Jesu Christi wieder auf. Sie bleiben aber dennoch in einer klaren Abgrenzung zum katholischen Verständnis Mariä. Die Weihe ist nach dem klaren Inhalt der katholischen Dogmatik nicht nur eine Fürbitte - wer wollte sie verwehren oder abwehren! -, sondern eine Huldigungs-Weihe, eine Schutz-Weihe und eine Dienst-Weihe. Damit ist hier ein Vorgang gegeben, der evangelische Christen angesichts der in Fulda gewählten Form der Weihe im Gewissen bedrücken muß. Das soll man nicht übersteigern, man soll es aber auch nicht bagatellisieren.

Wenn dies gesagt wird, so bedeutet es keine Kündigung der Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit. Ich bin vielmehr - das möchte ich noch einmal aussprechen - geradezu glücklich, daß wir gelegentlich an solche Krisenpunkte kommen, weil sie uns endlich zu einer gründlichen und in die Tiefe führenden Besinnung über unseren Glauben zwingen, die beide Seiten nötig haben.

So wie die Dinge heute liegen, muß ich allerdings feststellen, daß bisher kein Vorgang aus dem Bereich des Glaubens gegeben ist, der beweisen könnte, daß evangelische und katholische Christen weiter auseinanderstünden, als sie jeweils zu Kräften stehen, die die Politik im Staate nur ihren eigenen Gesetzen und dem Menschen als Maß aller Dinge unterordnen wollen.

Die Zusammenarbeit ist um Deutschlands und um des Glaubens in unserem Volke willen eine Notwendigkeit. Und sie sollte in Nüchternheit und Beschränkung auf ihren unmittelbaren Auftrag betrieben werden. Wenigstens die Christen in unserem Volke sollten nicht vergessen, daß sich unser Volk auch heute noch in einer unerhörten Bedrohung befindet. Sie läßt es nicht zu, daß diejenigen, die um die letzte Verantwortung vor Gott wissen, weiter auseinanderstehen, als es die uns alle bedrückende Scheidung in Konfessionen ohnehin schon zur Folge hat.

Die politische Zusammenarbeit will die Konfessionen nicht überwinden, sie will sie in ihrem Glauben und Leben nicht verändern. Sie hat aber nur dann eine Chance, segensreich zu sein, wenn sie beiden Seiten einen gegenseitigen Respekt vor der Wahrheit, die jede Seite aus ihrem Verständnis des Wortes Gottes zu verkündigen sich berufen sieht, aufnötigt, und wenn dieser Respekt in der Liebe, die Christen einander schulden, sichtbar wird.

DAS ERGEBNIS VON LONDON

von Werner v. Lojewski

Mit Recht sprechen alle Beteiligten von einem großen Erfolg der Londoner Konferenz. Europa hat sich zusammengeschlossen in dem Willen, jeglicher Aggression zu widerstehen. Dieses Ergebnis wird auch in den Vereinigten Staaten gute Rückwirkungen haben. Die Amerikaner wissen nun, daß ihre Bindung an die alte Welt weiterhin sinnvoll ist, weil Europa sich nicht selbst aufgibt. Die Verpflichtung, ihre Truppen auf dem europäischen Festland zu belassen, kann jetzt ebenso wirksam werden, wie die entsprechende Garantie Großbritanniens. Sie ist von geschichtlicher Bedeutung. In der Erkenntnis des außerordentlichen Ernstes der weltpolitischen Lage haben sich beide Weltmächte entschlossen, ihr Schicksal mit dem Schicksal des europäischen Festlandes aufs engste zu verbinden. Damit ist insbesondere in der britischen Geschichte ein neues Kapitel aufgeschlagen worden. Die Bedeutung dieser Entwicklung wird an der Frage deutlich: Was würde aus Europa, wenn die beiden Weltmächte das Festland seinem Schicksal überlassen würden?

Auch für die europäische und deutsche Geschichte beginnt ein neuer Abschnitt. Man kann weit in die Jahrhunderte zurückgehen: immer wieder wird man auf deutsch-französische Auseinandersetzungen und Kriege stoßen. Zum erstenmal wird nun im 20. Jahrhundert durch den freien, entschiedenen Willen beider Völker unmöglich gemacht, daß zwischen ihnen noch einmal ein Krieg entbrennt. Das ist der sicherste und fruchtbarste Boden für ihre weitere Annäherung - eine Annäherung, die der Angelpunkt der europäischen Zukunft ist und sich jetzt von bedrohlichen Entwicklungen nicht gefährdet, auf lange Sicht organisch vollziehen kann.

Für Deutschland bedeutet das Ergebnis der Londoner Konferenz praktisch, daß die Besatzungszeit zu Ende ist und damit eine der einschneidendsten Folgen des Zusammenbruchs nach einem Kriege beseitigt wird, der im Namen des deutschen Volkes begonnen wurde und in dessen Verlauf Dinge geschehen sind, die den deutschen Namen schwer belastet haben. Noch vor fünf Jahren, als die Bundesrepublik geschaffen wurde, war sie als Folge jenes Krieges von einem schier unüberwindlichen Wall der Ablehnung und des Mißtrauens umgeben. Heute ist sie als Vertreterin Gesamtdeutschlands gleichberechtigt in die Gemeinschaft der freien Völker aufgenommen. Deutschland steht in einer Front mit Ländern, gegen die es in zwei Weltkriegen gekämpft hat. Man muß sich diese Wandlung des weltpolitischen Bildes vor Augen halten, um zu ermessen, was seit Bestehen der Bundesrepublik durch die vom Bundeskanzler unbeirrbar geleitete Politik erreicht worden ist. Im Lichte solcher Betrachtungen erweist sich aber auch, wie voreilig diejenigen waren, die aus zeitweiligen Verzögerungen und Rückschlägen den Schluß zogen, die Außenpolitik Konrad Adenauers sei "gescheitert". Man kann den Erfolg einer mehrjährigen Politik eben nicht nach einzelnen Rückschlägen bewerten: Nur die Gesamtbilanz mit allem Soll und Haben sagt objektiv aus, was geschaffen wurde.

Es ist richtig, daß das letzte Wort über die Londoner Akte noch nicht gesprochen ist. Zahlreiche Einzelheiten müssen erst ausgearbeitet werden. Dabei wird zwischen den Sachverständigen noch manche Frage zu klären sein. Aber es würde den Sinn der Londoner Entscheidungen, die von den verantwortlichen Staatsmännern aus einer großen weltpolitischen Schau heraus verbindlich gefällt worden sind, ins Gegenteil verkehren, wenn die Sachverständigen nicht in angemessener Frist ihre Arbeiten zu einem erfolgreichen Abschluß führen würden. Richtig ist ferner, daß die Londoner Akte der Bundesrepublik gewisse Beschränkungen auferlegt. Das gleiche gilt jedoch auch für die anderen Beteiligten. Es steht außer Zweifel, daß den Londoner Vereinbarungen der ernste Wille aller Unterzeichnerstaaten zugrunde liegt, kein Land zu diskriminieren. Darüber hinaus hat das Grundgesetz ausdrücklich die Abtretung von Hoheitsrechten an über-

nationale Organe vorgesehen, um den Weg nach Europa zu öffnen. Diese Entwicklungslinie wird nun fortgesetzt.

Der Haupteinwand der Opposition gegen diesen Weg nach Europa ist, daß damit die Wiedervereinigung erschwert, wenn nicht überhaupt verhindert werde. Die SPD wird daher wohl nicht aufhören, vor der Verwirklichung einer gemeinsamen Verteidigung nochmals Viermächte-Verhandlungen über Deutschland zu fordern. Aber die Kernfrage ist: Fördert ein Unterlassen gemeinsamer Verteidigung die Verhandlungsbereitschaft Moskaus? Alle bisherigen Erfahrungen lehren das Gegenteil. So hat die Berliner Konferenz bewiesen, daß der Kreml die Wiedervereinigung nur zulassen will, wenn sie unter seinem Vorzeichen geschieht. In London haben sich die Westmächte erneut zu einer Politik verpflichtet, die gemeinsam mit der Bundesrepublik verfolgt werden und die Wiedervereinigung zum Ziele haben soll. Auf welche Weise dies im einzelnen geschehen kann und wird, hängt nicht zuletzt von der Sowjetregierung ab. Entscheidend ist, daß das deutsche Volk um diese Verpflichtung der Westmächte ebenso weiß wie Moskau. Sie wäre mit Sicherheit nicht erreicht worden, wenn die Bundesregierung den Ratschlägen der SPD Folge geleistet und die Politik abgelehnt hätte, die sie zusammen mit den Westmächten nach London geführt hat. Tatsächlich steht die SPD mit ihrer Politik heute allein, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa - auch innerhalb der sozialistischen Parteien der anderen Länder. Wäre diese Isolierung nicht Anlaß genug zum Nachdenken, ob sie sich auf dem richtigen Wege oder in einer Sackgasse befindet? Die SPD fordert immer wieder eine gemeinsame Außenpolitik von Regierung und Opposition. Soll diese gemeinsame Außenpolitik darin bestehen, daß Bundesregierung und Regierungsparteien der SPD in ihre Isolierung folgen?

Man mag schließlich zu bedenken geben, ob es nach Abschluß der Londoner Konferenz schon angebracht ist, von einer Vollendung des europäischen Zusammenschlusses zu sprechen. Das ist gewiß insoweit nicht möglich, als die Verträge erst noch fertiggestellt und ratifiziert werden müssen. Ist aber anzunehmen, daß die Parlamente, die den EVG- und den Deutschland-Vertrag billigten, die Londoner Akte zurückweisen werden? So könnten denn die Skeptiker vielleicht noch fragen, ob schon sicher sei, daß auch die französische Nationalversammlung diesmal dem europäischen Zusammenschluß zustimmen werde. In London hat Mendès-France hierauf mit einem zuversichtlichen Ja geantwortet.

ERFAHRUNGEN IM WAHLKAMPF IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

von D.Dr. Hermann Ehlers

Der Wahlkampf in Schleswig-Holstein ist von fast sämtlichen Parteien - wobei die loyale Haltung des BHE ausdrücklich vermerkt werden soll - gegen die CDU geführt worden.

Die Argumentation der Sozialdemokratischen Partei lag, von geringen Ausnahmen abgesehen, nicht auf dem Gebiet der Landespolitik, sondern bemühte sich, den Fehlschlag der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft durch die Ablehnung in der französischen Nationalversammlung ebenso zum Beweismittel gegen die Regierungspolitik zu machen wie den Übertritt Johns und Schmidt-Wittmacks.

Ohne Frage hat zumindest die psychologische Auswirkung dieser Vorgänge das Wahlergebnis beeinflußt. Die Freie Demokratische Partei und die als Schleswig-

Holstein-Block auftretende Deutsche Partei haben den Kampf gegen die CDU insbesondere mit der Behauptung geführt, daß eine dritte Kraft erforderlich sei, die eine Zweiparteienregierung von CDU und SPD verhindere. In den Flugblättern der FDP spielte jedoch der Fall John ebenfalls eine beachtliche Rolle, und es hieß u.a.: "Die Freien Demokraten klagten als erste und einzige Partei öffentlich die Personalpolitik des Bundeskanzlers an, die mit dem Fall John den größten Skandal seit Kriegsende heraufbeschworen hat. Nur einer nannte die Dinge um John in Bonn beim richtigen Namen, als er von einem 'Verräter' sprach - Thomas Dehler."

Der Schleswig-Holstein-Block versuchte, auf blau-weiß-rote landschaftliche Gefühle zu spekulieren, gemischt mit nationalistischen Anklängen. Es wird berichtet, daß ein prominenter Redner der Deutschen Partei eine Wahlversammlung des SHB in Flensburg mit allen drei Strophen des Deutschlandliedes geschlossen und erklärt habe: wer nicht den Mut besitze, die erste Strophe zu singen, könne vorher den Saal verlassen. Darüber hinaus wurde der Versuch unternommen, zu beweisen, daß die Regierung Lübke vor allem die Westgebiete Schleswig-Holsteins zu Gunsten der ins Zonengrenzprogramm einbezogenen Grenz- und Ostküstengebiete vernachlässigt habe. Diese Beweisführung hat allerdings - wie das Wahlergebnis zeigt - keinen wesentlichen Erfolg gehabt.

Hier interessiert jedoch vornehmlich die ständig wiederholte Argumentation: die CDU sei eine katholisch bestimmte Partei, die dem Klerikalismus und Konfessionalismus Vorschub leiste. Auch vom Schleswig-Holstein-Block wurde hier und dort die Forderung aufgestellt, man müsse den Geist Martin Luthers verteidigen. Von besonderer Aggressivität in dieser Richtung aber waren die in großer Zahl auftretenden Redner der Freien Demokratischen Partei. Es wurde naturgemäß nicht davon Notiz genommen, daß sämtliche 14 CDU-Bundestagsabgeordnete von Schleswig-Holstein evangelisch sind und daß von 26 CDU-Abgeordneten des bisherigen Landtages 24 evangelisch waren; und ebensowenig von der Tatsache, daß von den 42 Direktoren höherer Lehranstalten in Schleswig-Holstein nur 3 katholisch sind. Vielmehr wurde - wie auch an anderer Stelle - versucht, unter Ausnutzung eines allgemeinen antikatholischen Ressentiments die CDU politisch zu treffen und die Zusammenarbeit der Konfessionen in ihr zu diffamieren. Dazu mußte insbesondere die Behauptung dienen, die CDU wolle die bisherige Schulform in Schleswig-Holstein ändern und eine Bekenntnisschule einführen. Anlaß zu dieser Behauptung war natürlich die Auseinandersetzung über das Schulgesetz in Niedersachsen. Daß die Schulfrage in Schleswig-Holstein außerhalb jeglicher Debatte steht, wurde selbstverständlich verschwiegen. Ausgenutzt wurden dagegen alle in der letzten Zeit in Erscheinung tretenden Argumente, vorzugsweise die Ausdehnung des Katholizismus in Schleswig-Holstein,

die - wie jeder weiß - auf ein Anwachsen der Bevölkerung, auch der katholischen, infolge des Flüchtlingszustroms zurückzuführen ist. Allerdings übergangen die Diskussionsredner dabei die Tatsache, daß es in Schleswig-Holstein heute 150 000 Katholiken und 152 000 k e i n e r christlichen Kirche angehörende Personen gibt. Sie spekulierten - wie auch in anderen Teilen Deutschlands - auf die besonders starke Anfälligkeit evangelischer Kreise, die am eigenen kirchlichen Leben wenig oder gar keinen Anteil nehmen, für die angebliche Drohung einer Katholisierung. Überzeugende Beweise sind dafür angesichts der schleswig-holsteinischen Situation in keiner Weise geboten worden. Die Argumentation von FDP-Rednern steigerte sich ins Groteske mit der am letzten Tage vor der Wahl in Neustadt/Holstein aufgestellten These: "Thomas Dehler ist unser kleiner Martin Luther."

Andererseits ist nicht zu leugnen, daß gewisse Erscheinungen der letzten Zeit mindestens den Vorwand für eine anti-katholische Propaganda liefern konnten: etwa bestimmte Verlautbarungen der Ostpriesterhilfe und eine Information der Katholischen Nachrichten-Agentur über die schleswig-holsteinische Wahl und die Aussichten der Regierungsbildung. Es hat sich hier wieder gezeigt, daß bei der stets außerordentlich empfindlichen Frage der Zusammenarbeit der Konfessionen jede Äußerung, die in diesen Bereich hineingeht, sorgfältig überlegt werden muß, damit sie nicht - absichtlich oder unabsichtlich - Schaden anrichtet. Jeder, der diese Frage erörtert, sollte sich darüber klar sein, daß alle Verlautbarungen von der einen oder von der anderen Seite - das gilt übrigens auch für Äußerungen seitens einiger Vertreter des Evangelischen Bundes in Schleswig-Holstein - immer von Übelwollenden übertrieben, falsch ausgelegt und zum Gegenstand einer nachhaltigen Propaganda gemacht werden, für die Anfällige jederzeit vorhanden sind.

Es darf insgesamt festgestellt werden, daß die Behauptung: die CDU sei eine katholische Partei, gerade für die politischen Gruppen, die sie besonders propagierten, keinen Erfolg gebracht hat; denn die Steigerung des Prozentsatzes der FDP von 4,5 % bei der Bundestagswahl auf 7,5 % bei der Landtagswahl muß unter diesen Umständen enttäuschend sein. Das gleiche gilt für das Wahlergebnis des SHB. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die katholische Bevölkerung Schleswig-Holsteins 6 % beträgt und niemand annehmen kann, daß selbst die katholische Bevölkerung geschlossen die CDU wählt, ist ein Wahlergebnis von mehr als 32 % der Stimmen für die CDU ein deutlicher Beweis dafür, daß auch in Schleswig-Holstein die Parole der Zusammenarbeit der Konfessionen und einer christlichen Verantwortung im politischen Raum in zunehmendem Maße gehört und verstanden wird.

Die während des Wahlkampfes auf Einladung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU erfolgten Gespräche evangelischer Christen in Bad Oldesloe, Meldorf und

Eutin haben durch ihre große Teilnehmerzahl, durch die Lebendigkeit der Aussprache und die Klarheit der Zielsetzung ohne Frage dem Gedanken einer profilierten evangelischen Verantwortung im Bereich der schleswig-holsteinischen CDU in starkem Maße gedient. Es darf darauf verwiesen werden, daß sowohl der Erste wie der Zweite Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Schleswig-Holstein, Minister Dr. Dr. Pagel und Universitätsprofessor D. Dr. Redeker, dem neuen Landtag angehören.

KRITISCHES ZU EINER LANDTAGSWAHL

von Dr. theol. Wilhelm Kasch

Planung und Rückschau sind sich ergänzende Begleiterinnen unseres Handelns. Aber sie begleiten es nicht nur - sie können es auch gefährden. Denn beide unterliegen der Möglichkeit der Entartung: durch einen die Zukunft betreffenden Illusionismus bzw. eine rückschauende "Wenn-hätte-Haltung". Der Rückblick auf ein politisches Geschehen, wie es Vorbereitung und Durchführung der Landtagswahl in Schleswig-Holstein darstellen, hat daher nur Sinn, wenn man bereit ist, aus der eigenen Geschichte zu lernen, d.h. sich zu ihr, den eigenen Fehlern und ihren Folgen zu bekennen.

Wie ist die Lage, die sich in Schleswig-Holstein aus der Wahl ergeben hat? Die Wahl hat für die CDU nach üblichen Maßstäben keine Niederlage gebracht. Sie stellt aber auch keinen Erfolg für sie dar; denn die CDU hat, gemessen an der Bundestagswahl vom 6. September 1953, 25 % der Wähler verloren. 15 % der Stimmen sind an andere Parteien gegangen: nämlich 6,7 % an die SPD, 3 % an die FDP, 2,4 % an den BHE und insgesamt 2,9 % an den Schleswig-Holstein-Block, den Bund der Deutschen und die KPD. 10 % der Wähler bei der Bundestagswahl haben sich der Stimme enthalten, d.h. gar nicht gewählt. Stimmenmäßig hatte die CDU 10 000 Wähler weniger als die SPD zu verzeichnen. Mandatsmäßig liegen beide Parteien im toten Rennen: sie entsenden je 25 Abgeordnete in den Landtag. Etwa je ein Drittel der Wähler stimmten für die CDU bzw. SPD.

Mit diesem Drittel rangiert die CDU Schleswig-Holsteins in der 25/35 %-Gruppe, in der sich die SPD seit 1912 im Reichstag bewegte und heute wieder im Bundestag befindet. Bei der Bundestagswahl 1953 war es der CDU gelungen, aus dieser Gruppe auszubrechen. Das Pendel ist also zurückgeschlagen. Was dies für die gegenwärtige Situation wirklich bedeutet, erkennt man erst, wenn man das statistische Phänomen als geistiges versteht. Dann bringt es zum Ausdruck, daß es der CDU bisher nicht gelungen ist, ihr eigentliches Anliegen - nämlich die Durchbrechung überholter Klassen und die geistige Neuorientierung unseres politischen Lebens - zu verwirklichen. Wo die CDU wie die SPD nur ein Drittel der Stimmen erhält, ist sie offenbar als bürgerliche oder gemäßigte Rechtspartei alter Art mißverstanden worden. Das ist für sie eine einschneidende, an den Kern ihres Wesens greifende Feststellung; denn die CDU kann weder auf Schwierigkeiten hinweisen, wie sie die SPD heute bei ihrem Versuch, den Marxismus als politisches Prinzip in den eigenen Reihen zu überwinden, hat, noch kann sie sich, wie die SPD es bisher getan hat - die ihrem Wesen nach ja eine Klassenpartei war -, mit einem Drittel der Wähler begnügen. Erst unter diesen Gesichtspunkten wird die durch den Ausgang der Landtagswahl gegebene Lage richtig begriffen: Sie stellt eine ernsthafte Gefährdung des Wesens und der Ziele der

schleswig-holsteinischen CDU dar. Denn es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß eine Partei nicht nur durch ihr Programm, sondern auch durch das Votum ihrer Wähler in ihrem Charakter bestimmt wird.

Versucht man, sich über den Grund der jetzigen Lage klarzuwerden, darf man nicht einfach dem Wähler die Schuld geben. Die Ansicht: der Wähler wolle eine solche, die alten Parteigrenzen übergreifende Partei nicht, ist durch die Bundestagswahl widerlegt. Die Ursache für das Wahlergebnis liegt bei der Partei selbst. Das darf jedoch nicht so verstanden werden, als ob technische, organisatorische und persönliche Fehler den Ausschlag gegeben hätten. Sicher sind sie vorgekommen; aber das war beim Gegner auch der Fall. Sie haben kein entscheidendes Gewicht - zweifellos hat die Partei zur Wahl fleißig gearbeitet.

Die eigentliche Ursache besteht vielmehr darin, daß die CDU in ihrem politischen Profil nicht klar genug und in der Darstellung ihrer Ziele nicht verständlich genug gewesen ist. Man könnte es auch so ausdrücken: Es hat ihr an Treue zur eigenen Idee und daher an Überzeugungskraft gefehlt. Was damit gemeint ist, mag an einigen Beispielen deutlich werden:

Die schleswig-holsteinische CDU hat es nicht verstanden, der Bevölkerung klar vor Augen zu führen, was sie mit der Schule vorhat. Eine fleißige, jedoch nicht immer geschickt vorgehende Ministerialbürokratie hat sachlich umfangreiche Reformpläne entwickelt und durchgeführt. In der Elternschaft aber ist weitgehend der Eindruck entstanden, daß ihr Dinge übergestülpt werden sollten, die sie nicht wollte. An dieser Stelle wurde das Sachproblem zur politischen Aufgabe. Die Betonung des Elternrechts durch die CDU stellte gerade an sie die Forderung, um enge Verbindung mit der Elternschaft bemüht zu sein.

Im Zusammenhang mit der Diskussion um das Personenstandsgesetz wurde der CDU seitens der SPD gedroht, daß jede stärkere Betonung des weltanschaulichen Elementes in der Kulturpolitik als Klerikalisierung angesehen werden und Kulturkampfstimmung erzeugen würde. Das hat bei der CDU zur Folge gehabt, daß sie kulturpolitisch im wesentlichen auf der Stelle trat. Es muß zwar zugegeben werden, daß auf diese Weise Spannungen vermieden worden sind. Nicht übersehen werden darf jedoch auch, daß sich damit in der Landespolitik eine gewisse Leere ergab. Dieser Leere sind die bereits eingangs erwähnten 10 % an Nichtwählern zu verdanken; denn bei ihnen entstand offensichtlich der Eindruck: es ginge um nichts Entscheidendes für sie. Daraus ergibt sich klar, daß gerade die CDU als Partei ohne Funktionärsapparat und klassengebundenen Wählerkreis einer ständigen Verbindung zum Wähler bedurfte. Gerade sie war verpflichtet, den Wähler stärker als bisher aufzuklären, zu überzeugen. - Die CDU darf nicht nur Programme proklamieren und über Erreichtes berichten. Sie muß vor allem Sachfragen in öffentlicher Diskussion klären. Das aber bedeutet nicht Unterbindung, sondern Belebung des öffentlichen Gesprächs. Will der Gegner daraus Kulturkampfparolen entwickeln, wird er erleben, daß ihn die Objektivität des Wählers eines Besseren belehrt.

Ähnlich wie in der Kulturpolitik, wo sich kein scharfes Bild dessen ergab, was die CDU wollte, lagen die Dinge im Bereich der Sozialpolitik. Es ist bisweilen der Eindruck entstanden, als ob die CDU hier keine eigene Linie vertrete, sondern sich treiben lasse. Wenn aber eine nichtsozialistische Partei Arbeiterschaft, Flüchtlinge und Rentner wirksam ansprechen will, hat sie die Verpflichtung, besonders profiliert und deutlich zu sagen, welche Ziele sie verfolgt und warum ihr sozialer dem sozialistischen Standpunkt überlegen ist. Das ist in Schleswig-Holstein nicht hinreichend geschehen.

Die SPD bedarf des Wählers in gewissem Sinne nur zur öffentlichen Bestätigung ihres Handelns. Sie besitzt den Funktionär, der von der durch ihn vertretenen Klasse oder Gruppe Generalvollmacht hat. Die CDU dagegen wird vom Wähler nur dann mit der Vertretung seiner Belange betraut, wenn sie ihm klarzumachen versteht, was für ihn auf dem Spiele steht. Wir brauchen daher nicht die Wahlrede, sondern die Sachaussprache. Gerade die Bundestagswahl hat gelehrt, daß das Zur-Entscheidung-Stellen der Sachfrage - hier der Europapolitik Konrad Adenauers

den Sieg der CDU zur Folge hatte. Um so bedauerlicher ist es, daß im schleswig-holsteinischen Wahlkampf so wenig Mühe daran gewandt wurde, dem Wähler in einer kritischen Stunde der Europapolitik deren Erfolge und zukunftssträchtige Wirkung deutlich zu machen. Zudem: von den Zielen unseres Wollens und den erforderlichen Opfern kann, ja muß gerade bei ungünstiger taktischer Lage geredet werden.

Verfolgt man das, was hier gesagt ist, bis in seine letzte Tiefe, so zeigt sich, daß jeder Mißerfolg der CDU mit einer ungenügenden Beachtung des "C" zusammenhängt. Es geht der CDU um eine Gestaltung unseres politischen und sozialen Lebens, wie sie sich aus der Beurteilung der Welt und des Menschen auf dem Boden des christlichen Glaubens ergibt. Die Divergenz der in ihr vertretenen Standpunkte und Ansichten ist so lange fruchtbar, wie sie sich in der gemeinsamen Zielrichtung auf solche Gestaltung hin vereinigen. Eine CDU, die im Taktischen steckenbleibt, ist in Gefahr, das konstituierende Element ihrer Existenz, d.h. aber sich selbst, preiszugeben.

Damit ergibt die Analyse folgendes Bild: Letzten Endes ist der ungünstige Wahlausgang in Schleswig-Holstein - wie wir bereits festgestellt haben - mangelnder Treue der CDU zu sich selbst zuzuschreiben. Nur wenn das erkannt ist, kann eine neue, günstigere Lage erarbeitet werden. Damit aber kann dieses Wahlergebnis eine gewisse typische Bedeutung über den schleswig-holsteinischen Raum hinaus für sich in Anspruch nehmen - denn aus solcher Sicht ist der CDU in allen Landesverbänden die Entscheidungsfrage gestellt.

Die politischen Folgen der Landtagswahl lassen sich z.T. am Schicksal der SPD ablesen. Sie bestehen für sie entweder in einem Verharren in der Opposition oder im Zwang zu relativ kostspieligen, die eigenen Ziele verfälschenden und oft kurzlebigen Koalitionen. Doch dieses Gebiet darf hier unerörtert bleiben. - Wichtiger ist für uns die Erkenntnis, daß sich für den Fall der Regierungsübernahme durch die CDU das geistige und politische Leben der Partei in einer gewissen Selbständigkeit, ja Distanz zur Regierungspolitik bewegen muß. Denn diese ist nach Lage der Dinge zu Kompromissen genötigt. Nur auf Grund solcher Selbständigkeit aber ist es der Partei möglich, ihr Gesicht zu wahren und damit die Erfüllung ihres politischen Auftrages zu gewährleisten. Sie muß stärker als bisher bei ihren Mitgliedern und in der Öffentlichkeit für eine begründete Klarheit des Standpunktes Sorge tragen.

An dieser Stelle werden Aufgabe und Verantwortung der Evangelischen Arbeitskreise in der CDU deutlich: Sie sind gerufen und verpflichtet, mit dafür zu wirken, daß der christliche Charakter der CDU sichtbar und im Bewußtsein ihrer Mitglieder als vereinigendes und gestaltendes Element verankert bleibt.

DAS "HERZ EUROPAS"

Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof D.Dr. Otto D i b e l i u s , richtete an die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Evanston (15. - 31.8.1954) folgenden Appell:

"Ich stehe hier als der Bischof von Berlin. Berlin ist heute das Herz Europas. Man kann von hieraus etwas vom Wiedererstarken Europas und von seiner Qual verspüren. Neue Bauwerke erwachsen aus den Trümmern. Die Schaufenster sind gefüllt, selbst wenn die oberen Stockwerke der Häuser noch keine Fenster und keine Dächer haben. Sendetürme ragen gen Himmel. Züge mit Lebensmitteln kommen an

und verlassen die Stadt mit fertigen Waren.

Aber das ist nur die eine Seite des Bildes. Berlin ist eine geteilte Stadt. Mitten hindurch führt eine abstrakte und doch schmerzlich reale Grenzlinie. Zwei verschiedene Polizeigruppen bewachen die Grenzen zweier Welten. Die andere Welt ist Ost-Berlin und die ganze Ostzone, die West-Berlin umgibt, so wie die See eine Insel. Diese andere Welt ist der totalitäre Staat.

Im Herzen Berlins, im östlichen Teil, steht mitten in einem Ruinenfeld die Marienkirche, so wie sie seit sieben Jahrhunderten dort gestanden hat. Sonntag für Sonntag versammeln sich hier Menschen aus Ost und West zum Gottesdienst. Die Kirche Christi in Berlin und in ganz Deutschland ist nicht gespalten. Die sich im Gebet zusammenfinden, die ihre Kinder im Glauben unterweisen, die voller Mut an ihr Tagewerk gehen, sie alle haben den einen Herrn - von einem Ende Deutschlands zum anderen. Die Evangelische Kirche in Deutschland ist Symbol wahrer menschlicher Einigkeit. Der Mensch in seiner Torheit spaltet und zerstört. Gott in seiner Weisheit und Gnade vereint und erbaut.

Die Christen in anderen Ländern haben der Kirche in Deutschland viel Liebe erwiesen: Nahrung für die Hungrigen, Obdach für die Flüchtlinge, Holzkirchen, Trümmerkirchen. Überall und auf zahllose Weise die helfende Hand und das aufrichtende Wort. Kein Land der Welt ist sich des Wortes Ökumene so bewußt gewesen; ihre Werke haben uns auf allen Seiten umgeben.

Die größte Not herrscht in Ost-Berlin und in Ost-Deutschland, wo es fünfzehn Millionen Protestanten gibt. Sie stehen in einem beständigen Existenzkampf, denn der Staat ist auf einer materialistischen Grundlage aufgebaut, die jegliche Religion bekämpft. Wenn das kirchliche Leben dieser fünfzehn Millionen Protestanten zusammenbricht, dann ist der gesamte Protestantismus in Europa in Gefahr. Es ist eine Frage von Leben und Tod.

In wachsendem Maße tut Westdeutschland, was es kann. Aber die Möglichkeiten sind begrenzt, weil es die Last von zehn Millionen Flüchtlingen zu tragen hat. So schauen die Christen in Deutschland auf die Welt draußen. Werden uns die Menschen im Ausland wieder helfen, wie sie es in den letzten zehn Jahren getan haben?

Brüder im Kampf, umzingelt von Feinden. Hört, was sie sagen: 'Helft uns in unserem Ringen mit Euren Gebeten. Helft uns mit Euren Opfern. Helft der Kirche in Ost-Deutschland.'

"EINHEITSLISTE FÖRDERT CHRISTENTUM"

Ausgerechnet an einem Sonntag erklärte Gerald Götting, Generalsekretär der sowjetzonalen "Christlich Demokratischen Union Deutschlands" - wie sich die Nuschke-Funktionäre noch immer nennen - im Ost-Berliner Rundfunk nicht mehr und nicht weniger, als daß die kommunistische Einheitsliste der "Volkswahl" am 17. Oktober "das Christentum in der DDR fördert". Götting wagte es, seinen ihm und den ganzen Nuschke-Vorstand ohnehin ablehnenden Parteifreunden wörtlich zu erzählen: "Was den Aufbau unserer Demokratie betrifft, so muß man vom christlichen Standort aus feststellen, daß es niemals eine Epoche gegeben hat, in der so viele christliche Anliegen in der Tat verwirklicht werden konnten. Bei uns können die christlichen Menschen, indem sie die demokratische Gesetzmäßigkeit erfüllen, die christlichen Grundforderungen verwirklichen..."

Zur gleichen Zeit wird aus der Sowjetzone bekannt, daß die FDJ ihre antireligiöse Propaganda umfassend verstärkt, daß die Oberschulen mit antireligiösen Schriften der sowjetischen Jugendorganisation "Komsomol" überschwemmt und jugendliche Kirchenbesucher von den FDJ-Funktionären sorgfältig registriert werden. Der Zentralrat der FDJ behauptete, der Kirchentag von Leipzig werde von der evangelischen Kirche benutzt, um "ihre alten Positionen zurückzugewinnen". Um die von Götting gerühmte "demokratische Gesetzmäßigkeit" zu erfüllen, werden die jungen Menschen gezwungen, ständig zu lügen (wie es auf dem Leipziger Kirchentag so bitter beklagt wurde), werden die Bewohner der Sowjetzone zu Spitzeldiensten gepreßt und wird Haß schon in die Herzen der Kinder gepflanzt. Gerald Götting aber erdreistet sich, von einer "echten Verwirklichung der eigentlichen christlichen Anliegen in der DDR" zu sprechen.

Die wirklichen Christlichen Demokraten in der Sowjetzone haben mit Nuschke und Götting, sie haben auch mit der "Einheitsliste" der SED nicht gemein. Sie stehen innerlich heute noch genau so zum Gründungsauftrag der CDU, unter dem sie im Jahre 1945 auch in der sowjetisch besetzten Zone zum politischen Neuaufbau Deutschlands angetreten sind. Die "Christlich Demokratische Union Deutschlands" der Nuschke und Götting ist nicht christlich, da sie der antichristlichen kommunistischen Propaganda bewußt Vorschub leistet; sie ist nicht demokratisch, da sie ein totalitäres Regime stützt und undemokratische "Wahlen" billigt; sie ist keine Union, da sie als Satelliten-Organisation von der SED finanziell ausgehalten wird; und sie ist schließlich auch nicht deutsch, da sie eindeutig die sowjetischen Interessen des Kreml vertritt. Die Christlich Demokratische Union der Bundesrepublik weiß sich in der konsequenten Ablehnung der Nuschke-Götting-Funktionäre einig mit den echten Christlichen Demokraten in der Sowjetzone, die den ihnen aufgezwungenen "Parteivorstand" als das betrachten, was er in Wirklichkeit ist: ein SED-Büro, Sektion "Christentum", zur Irreführung der Öffentlichkeit, besonders auch im westlichen Ausland.

POLITISCHER QUERSCHNITT

Die Bundesrepublik hatte in den fünf Jahren ihres Bestehens kaum eine so spannungsreiche Zeit zu verzeichnen wie die vergangenen Wochen. Das gilt sowohl für das Gebiet der Außen- als auch der Innen- (Debatte um John und Schmidt-Wittmack) und der Sozialpolitik.

Zur Geschäftsordnung übergegangen

Am 30. August hat die französische Nationalversammlung den am 27. Mai 1952 von Frankreich, den Benelux-Ländern, Italien und der Bundesrepublik unterzeichneten

Vertrag über die Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) mit 319 gegen 264 Stimmen abgelehnt. Den Ausschlag bei der Abstimmung gaben die 99 Deputierten der gaullistischen und der kommunistischen Fraktion. Die europäisch gesinnte freie Welt, die nach der Konstellation auf der vorausgegangenen Brüsseler Konferenz (5:1) doch erwartet hatte, daß Frankreichs Parlament die Unterschrift der französischen Regierung unter ein Vertragswerk honorieren würde, das auf französische Initiative hin geschaffen worden war, wurde in ihren Grundfesten erschüttert. Das geschah nicht nur auf Grund der Ablehnung schlechthin, sondern vielleicht mehr noch wegen der geschäftsmäßigen "Erledigung" der Verträge auf Antrag des rechtsradikalen Generals Adolphe Aumeran. Mit dem Scheitern des EVG-Vertrages war - was in der Öffentlichkeit kaum bekannt geworden ist - auch der sogenannte Deutschland-Vertrag hinfällig geworden, der der Bundesrepublik die Souveränität (wenn auch mit militärischen Beschränkungen) wiedergeben sollte und die Beistandsgarantie der Westmächte für die Bundesrepublik im Falle einer bewaffneten Aggression aus dem Osten enthielt. In Westeuropa war damit plötzlich ein sehr gefährliches Vakuum entstanden, das erst durch den Erfolg der Londoner Konferenz vom 28. September bis 3. Oktober weitgehend wiederaufgehoben werden konnte (s.S. 6 ff. dieser Ausgabe).

Soziale Aufgaben mahnen

Die EVG-Entscheidung Frankreichs hatte bei all ihren bedauerlichen außen- und innenpolitischen Auswirkungen (vgl. Landtagswahl in Schleswig-Holstein - s.S. 4 ff. dieser Ausgabe) allerdings den Vorteil, daß sich eine fast unerträglich gewordene Spannung endlich löste, und daß sich besonders die CDU/CSU-Fraktion, die monate-, ja fast jahrelang durch das außenpolitische Primat absorbiert worden war, wieder auf ihr sozialpolitisches Gewissen besinnen konnte:

1. Die **S t e u e r r e f o r m** wird im Steuer- und Finanzausschuß des Bundestages unter maßgeblicher Beteiligung der CDU/CSU mit größter Beschleunigung behandelt. Daß sie dennoch nicht - wie ursprünglich vorgesehen - zum 1. Oktober verwirklicht werden konnte, liegt nicht an einem Mangel an Initiative, sondern an der Fülle der rein technischen Vorarbeiten, die bewältigt werden müssen.
2. Am 15. September verabschiedete das Kabinett das sogenannte **R e n t e n - M e h r b e t r a g s - G e s e t z** (Angleichung der Altrenten), nachdem die CDU/CSU-Fraktion beschlossen hatte, den Gesetzentwurf der Bundesregierung als Initiativentwurf im Bundestag einzubringen. Der Gesetzentwurf sieht Rentenaufbesserungen für etwa 3,3 Millionen Rentenempfänger vor, und zwar für die männlichen und weiblichen Versicherten, die das 65. Lebensjahr, und für Witwen und Witwer, die das 60. Lebensjahr vollendet haben. Das Renten-Mehrbetrags-Gesetz verfolgt im Kern das Ziel, das Vertrauen der Versicherten in die Versicherungen, das ohne Zweifel nach 1945 stark erschüttert worden ist, wiederherzustellen. Nach Erledigung der als vordringlich erkannten Angleichung der Altrenten kann nun die **S o z i a l r e f o r m** im dafür zuständigen Bundesarbeitsministerium mit Vorrang behandelt werden.
3. Die bedeutsamste sozialpolitische Arbeit aber, die seit dem Scheitern des EVG-Vertrages geleistet wurde, ist der CDU/CSU-Entwurf über die Gewährung von Kindergeld und die damit verbundene Einrichtung von **F a m i l i e n a u s - g l e i c h s k a s s e n**. Nach ihm sollen Arbeitnehmer und Selbständige auf der Grundlage der Selbstverwaltung monatlich 25 DM für jedes dritte und jedes weitere Kind erhalten. Die CDU/CSU-Fraktion hat ihren Gesetzentwurf am 23. September gegen den Widerstand aller anderen Fraktionen im Bundestag in zweiter Lesung durchgesetzt, und zwar einstimmig. (Die SPD-Fraktion fordert eine staatliche Lösung des Problems; die FDP-, BHE- und DP-Fraktionen sind gegen die Einbeziehung der Selbständigen mit Rücksicht auf die Einwände der Berufsgenossenschaften.) Die mittelständischen CDU-Abgeordneten hatten ihre Bedenken, die allerdings nur zum Teil mit denen der Berufsgenossenschaften übereinstimmen, dem großen sozialpolitischen Anliegen untergeordnet. Die dritte

Lesung soll in Kürze folgen; man erwartet mit Sicherheit, daß bis dahin auch die noch bestehenden Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Selbständigen überwunden sind. Die CDU/CSU-Fraktion ist allerdings entschlossen, den Gesetzentwurf notfalls auch gegen den Widerstand der Berufsorganisationen der Selbständigen im Bundestag durchzubringen. Dem Gesetz zufolge kommen ab 1. Januar 1955 rund 1,3 Millionen Kinder in der Bundesrepublik in den Genuß des zu zwei Dritteln von der Schwerindustrie aufgebrauchten Kindergeldes.

Die IG-Metall und der DGB-Kongreß

Die Vorgeschichte des bei Redaktionsschluß gerade beendeten 3. Kongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Frankfurt ist (klammert man den bereits in der letzten Ausgabe der "Evangelischen Verantwortung" behandelten Metallarbeiterstreik aus) durch drei Ereignisse gekennzeichnet:

1. die Vereinbarung zwischen dem Bundesverband der Arbeitgeberverbände und dem Vorstand des DGB über die Errichtung einer gemeinsamen Schlichtungsinstanz, die bei Lohnstreitigkeiten angerufen werden soll (die IG-Metall hat hier als einzige Gewerkschaft ihre Mitarbeit verweigert, weil sie - wie auch die Sozialdemokratie - in einer solchen, freiwillig geschaffenen Schlichtungsinstanz nur ein Mittel zur Übervorteilung der Arbeiterschaft sieht);
2. den Kongreß der IG-Metall vom 13. - 18. September in Hannover;
3. den 3. DGB-Jugendkongreß am 28. September in Essen, der sich - maßgeblich beeinflußt der Jugendgruppe der IG-Metall - außen-, wirtschafts- und sozialpolitisch ohne Rücksicht auf die in § 6 des DGB-Statuts niedergelegte parteipolitische Neutralität in allen wesentlichen Fragen im Sinne der Sozialdemokratie aussprach ("ohne mich").

Der Frankfurter Kongreß wurde in seinen Diskussionen ebenfalls sehr wesentlich von den Delegierten der IG-Metall, der größten Gewerkschaft in der Bundesrepublik, bestimmt. Er war bereits insofern vorgezeichnet, als die IG-Metall sich in Hannover im Stil kommunistischer Agitation nachdrücklich gegen eine angebliche Inaktivität des DGB-Vorstandes gewandt, der Bundesregierung "soziale Lieblosigkeit" und nationalsozialistische Unterwanderung vorgeworfen und ihr radikales Aktionsprogramm unter die Devise: "stets kampfbereit" gestellt hatte. Man wird dem Kongreß vielleicht am besten mit der Feststellung gerecht: es hätte vieles schlimmer ausfallen können. Trotzdem war manches bedauerlich genug.

Die Vorstandswahl, die den alten DGB-Vorstand (Walter Freitag allerdings nur mit einer schwachen Mehrheit) in seinem Amt bestätigte, ist zwar wie erwartet ausgefallen, jedoch wäre auch hier ein Vorstoß der radikalen Gewerkschaften durchaus möglich gewesen. Auf sozialpolitischem Sektor sind die bekannten Forderungen in relativ zurückhaltender Form erneut erhoben worden. Es handelt sich dabei um Postulate, die auch von christlicher Arbeitnehmerseite weitgehend unterstützt werden.

Die bedauerlichsten Ereignisse auf dem Kongreß waren einerseits die z.T. einfach unglaubliche Kritik einzelner Radikaler an der Eröffnungsrede des Bundespräsidenten und zum anderen die abschließende Resolution zum Wehrbeitrag, mit der - eindeutig in Übereinstimmung mit den sozialdemokratischen Thesen - die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik zum gegenwärtigen Zeitpunkt abgelehnt wurde. Das geschah, obwohl von dem DGB-Vorsitzenden und SPD-Bundestagsabgeordneten Freitag vor der außenpolitischen Debatte des Bundestages am 7. Oktober (die der SPD-Fraktion eine schwere Schlappe brachte) auf Dr. Hanns Böckler verwiesen worden war, der immer wieder das Recht eines Volkes auf Verteidigung unterstrichen hatte.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat damit erneut seine parteipolitische Neutralität verletzt und seine sozialdemokratische Grundstruktur eindringlich demonstriert. Das war allerdings auch nicht anders zu erwarten - es ging nur um das "Wie". Es hätte - wie gesagt - noch schlimmer kommen können...

Dr. L.